

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

51. Sitzung

am Donnerstag, dem 23. November 2006, 10:00 Uhr,
im Konferenzsaal des Landtages (Zimmer 142)

Anwesende Abgeordnete

Günter Neugebauer (SPD)

Vorsitzender

Hans-Jörn Arp (CDU)

Tobias Koch (CDU)

Jens-Christian Magnussen (CDU)

Frank Sauter (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Holger Astrup (SPD)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Anna Schlosser-Keichel (SPD)

Dr. Heiner Garg (FDP)

i. V. v. Wolfgang Kubicki

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Novellierung des Kirchenstaatsvertrages	4
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Umdruck 16/1425	
2. Nachschiebeliste der Landesregierung zum Doppelhaushalt 2007/2008	5
Vorlage des Finanzministeriums Umdruck 16/1382	
3. a) Staatsmonopol bei Sportwetten aufbrechen - private Wettanbieter zulassen	8
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/970	
b) Staatliches Lotteriemonopol erhalten - Vertrieb liberalisieren	
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/999	
4. Lage und Entwicklung der schleswig-holsteinischen Steuerverwaltung	9
Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP Drucksache 16/824	
5. Antrag der Landesregierung auf Erteilung der Einwilligung in eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung im Haushaltsjahr 2006 zum vorzeitigen Baubeginn des Neubaus einer Regional-Leitstelle einschließlich einer Lehrleitstelle auf dem Grundstück der Landesfeuerweherschule in Harrislee	12
Vorlage des Innenministeriums Umdruck 16/1384	
6. Information/Kenntnisnahme	13

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Novellierung des Kirchenstaatsvertrages

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Umdruck 16/1425

Die Beratung über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Novellierung des Kirchenstaatsvertrages wird im Einvernehmen mit der Antragstellerin bis Mitte nächsten Jahres zurückgestellt, wenn möglicherweise ein Beitrag „Zuschüsse an Kirchen und kirchliche Organisationen“ in den Bemerkungen des Landesrechnungshofs 2007 vorliegt.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Nachschiebeliste der Landesregierung zum Doppelhaushalt 2007/2008

Vorlage des Finanzministeriums
Umdruck 16/1382

hierzu: Umdrucke 16/1383, 16/1457, 16/1458, 16/1488

M Wiegard wendet sich zunächst der Entwicklung des Steueraufkommens zu, Umdruck 16/1383. Die Steuereinnahmen des Landes lägen von Januar bis September 2006 um 377 Millionen € über den vergleichbaren Einnahmen des Jahres 2005. Die Entwicklung des Umsatzsteueraufkommens sei allerdings bedenklich. Aufgrund der steuerlichen Entwicklung rechne man gegenüber der bisherigen Planung im laufenden Jahr mit Steuermehreinnahmen von knapp 400 Millionen € und im Jahr 2007 mit Steuermehreinnahmen von knapp 255 Millionen €. Für das Jahr 2008 gebe es keine verlässlichen Zahlen; die Steuereinnahmen würden nicht beliebig weiter steigen. Von den Steuermehreinnahmen 2006 profitierten auch die Kommunen; die Abschlagszahlungen an die Kommunen würden zeitnah vorgenommen. Die Neuverschuldung werde im Jahr 2006 von geplanten 1,562 Milliarden € auf etwa 1,2 Milliarden € sinken und im Jahr 2007 von geplanten 1,3 Milliarden € auf 1,1 Milliarden €.

Im Folgenden nennt der Finanzminister die wesentlichen Änderungen des Doppelhaushalts 2007/2008 (Umdruck 16/1382): Umsetzung der Kürzung der Sonderzuwendungen für Beamte in den Einzelplänen, Aktualisierung der Ansätze für EU-Fördermittel inklusive der entsprechenden Kofinanzierungsmittel und zusätzliche Ausgaben. Für den Aufbau der Anti-Terror-Datei würden in Einzelplan 04 zehn neue Planstellen mit dem Haushaltsvermerk „künftig wegfallend am 31. Dezember 2009“ ausgewiesen. Der vom Bund vorgenommenen Kürzung der Regionalisierungsmittel begegne das Land vor allem mit Blick auf den Ausbildungsverkehr dadurch, dass in den nächsten drei Jahren degressiv zusätzliche Landesmittel zur Verfügung gestellt würden. In Einzelplan 07 würden die Voraussetzungen für die Errichtung eines Regionalen Berufsbildungszentrums geschaffen. Nach dem Fortfall der Umsatzsteuerbefreiung für Spielbanken würden sich die Einnahmen aus der Spielbankabgabe jährlich um 4,8 Millionen € verringern.

Abg. Spoorendonk problematisiert die Tatsache, dass die Landesregierung in Einzelplan 05 eine weitere Summe von 0,5 Millionen € für externe Beratungen im Zusammenhang mit der Teilprivatisierung des UK S-H einstelle.

Abg. Dr. Garg bittet um eine Übersicht und Erläuterung der im Rahmen der Nachschiebeliste vorgenommenen Umschichtungen innerhalb des Schleswig-Holstein-Fonds. - M Wiegard sagt dies zu.

Abg. Heinold bittet das Finanzministerium darum, in den Haushaltseckwerten grundsätzlich die Position Nettoeinnahmen mit aufzunehmen. Sie stellt eine Reihe von Fragen zur Nachschiebeliste, problematisiert die Bezuschussung des Ausbildungsverkehrs und möchte wissen, an welchen Stellen und in welcher Höhe die Kommunen für den Eingriff in den kommunalen Finanzausgleich entlastet würden.

Auf Antrag von Abg. Heinold beschließt der Finanzausschuss, die Landesregierung möge dem Ausschuss bis Ende des Jahres über die Auswirkungen der Kürzungen beim ÖPNV und Ausbildungsverkehr berichten.

M Wiegard erwidert, das Mittelstandsförderungsgesetz habe entgegen früherer Annahmen Kosten ausgelöst und werde deswegen aufgehoben. Auf eine weitere Frage von Abg. Heinold zur Umsetzung des Hochschulpakts 2020 verweist er auf § 19 Abs. 24 des Haushaltsstrukturgesetzes. Der Finanzminister bekräftigt an dieser Stelle seine Auffassung, dass die Finanzierung zusätzlicher Maßnahmen in der Regel durch Kürzung oder Wegfall anderer Maßnahmen in entsprechendem Umfang erfolgen müsse.

Auf Fragen der Abgeordneten Heinold und Spoorendonk teilt RL Dr. Traulsen mit, der Mittelansatz für die Beratungsstelle Frau & Beruf könne für die neue Förderperiode der EU bis zum Jahr 2013 in Höhe von 1,18 Millionen € gehalten werden.

Auf eine Frage von Abg. Heinold zum kommunalen Finanzausgleich erwidert M Wiegard, die Diskussion über weitere Maßnahmen zur Abfederung und Kompensation des Eingriffs in den kommunalen Finanzausgleich sei noch nicht abgeschlossen. Den Kommunen stünden aus dem kommunalen Finanzausgleich und eigenen Steuereinnahmen in diesem und im nächsten Jahr allerdings mehr Mittel zur Verfügung. Auf eine Frage von Abg. Spoorendonk bestätigt er, die Landesregierung schlage dem Landtag Änderungen beim Bildungsfreistellungs- und Qualifizierungsgesetz sowie beim Mitbestimmungsrecht vor.

Abg. Sauter stellt fest, dass sich aus der Entwicklung des Umsatzsteueraufkommens keine deutliche Belebung der Binnennachfrage ableiten lasse.

M Wiegard macht darauf aufmerksam, dass man infolge der optimistischen, aber unsicheren Einschätzungen der konjunkturellen und steuerlichen Entwicklung eine globale Mindereinnahme etatisiert habe.

P Dr. Altmann mahnt stärkere Einsparanstrengungen der Landesregierung an, um dem Ziel der Sanierung der Landesfinanzen tatsächlich näherzukommen. Die Tarif- und Besoldungserhöhungen sollten aus den Personalbudgets der Ressorts erbracht werden. Statt zehn zusätzliche Stellen für die Anti-Terror-Datei zu schaffen, müssten in der gesamten Landesverwaltung auf mittlere Sicht 5.000 Stellen eingespart werden, um die Personalkosten wirksam einzudämmen. Im Übrigen kritisiert er die Änderung in § 9 Abs. 4 des Haushaltsstrukturgesetzes, wonach innerhalb der Haushaltspläne der Hochschulen nicht verbrauchte Ausgaben der Hauptgruppen 4 bis 8 als Rücklage in den jeweiligen Kapiteln gebildet werden dürften.

Abg. Heinold unterstützt die Forderung des Landesrechnungshofs, die Stellen für die Anti-Terror-Datei im Personalhaushalt des Innenministeriums zu erwirtschaften, ohne zusätzliche Stellen auszubringen, und Tarif- und Besoldungserhöhungen weitgehend innerhalb der Personalbudgets der Ressorts zu erbringen.

M Wiegard weist darauf hin, dass die zehn zusätzlichen Stellen für die Anti-Terror-Datei bis Ende 2009 befristet seien und zu keiner Steigerung der Nettoausgaben führten. Da mit kontinuierlichem Wirtschaftswachstum auch die Steuereinnahmen stiegen, müsse man sich als Haushaltsgesetzgeber hinsichtlich des Ausmaßes der Staatsverschuldung zu bestimmten regulativen Maßnahmen und einer Neubewertung der Primärausgaben durchringen. Auch bei steigenden Einnahmen müssten die Ausgaben sinken, um das Ziel eines verfassungskonformen und ausgeglichenen Haushalts zu erreichen und den Haushalt des Landes zu konsolidieren. Auf eine Frage des Vorsitzenden sagt er zu, die in den Haushalt eingestellte globale Minderausgabe im Rahmen des Haushaltsvollzuges bis spätestens 30. Juni 2007 aufzulösen.

Der Ausschuss nimmt die oben aufgeführten Vorlagen zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung:

a) Staatsmonopol bei Sportwetten aufbrechen - private Wettanbieter zulassen

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/970

b) Staatliches Lotteriemonopol erhalten - Vertrieb liberalisieren

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/999

(überwiesen am 12. Oktober 2006 an den Finanzausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss)

hierzu: Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Umdruck 16/1489

Nach einer Diskussion über das weitere Verfahren und einer fünfminütigen Sitzungsunterbrechung beschließt der Finanzausschuss einstimmig, die Beschlussfassung über die Anträge Drucksachen 16/970 und 16/999 zurückzustellen, und auf Antrag von Abg. Heinold, Umdruck 16/1489, dem Landtag einstimmig zu empfehlen, die Landesregierung aufzufordern, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, die Entscheidung über die Neufassung des Staatsvertrages über das Lotteriewesen bis zur Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes über das Sportwetten- und Lotteriewesen und bis zum Abschluss der Auswertung der Anhörungen der Ministerpräsidentenkonferenz im Finanzausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtages zurückzustellen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Lage und Entwicklung der schleswig-holsteinischen Steuerverwaltung

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP
Drucksache 16/824

(überwiesen am 30. Juni 2006 zur abschließenden Beratung)

hierzu: Umdrucke 16/1252, 16/1263, 16/1266, 16/1319, 16/1381

Abg. Dr. Garg bemerkt, er teile nicht die Auffassung des Finanzministeriums zum Umfang der Ausbildung in der Steuerverwaltung (Umdruck 16/1381, Seite 7 unten), und verweist auf die besondere Verantwortung der öffentlichen Hand, in angemessenem Umfang Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen.

Auch Abg. Schlosser-Keichel problematisiert die Frage der Zahl und Übernahme von Anwärtern.

St Dr. Wulff begründet die Begrenzung der Ausbildungszahlen mit der Situation des Landeshaushalts. Wenn der Gesetzgeber die Zahl der Ausbildungsplätze erhöhe, könnten nicht mehr wie in der Vergangenheit alle erfolgreichen Absolventen übernommen werden.

Abg. Sauter vertritt die Auffassung, dass das Land gerade bei den in Rede stehenden beruflichen Fachrichtungen nicht wesentlich über den eigenen Bedarf ausbilden sollte. Hinsichtlich der Personalausstattung der Steuerverwaltung merkt er an, dass sich die Prüfungsintervalle gegenüber früheren Jahren offensichtlich enorm verkürzt hätten, und hebt hervor, dass die schleswig-holsteinische Finanzverwaltung so gut qualifiziert und motiviert sei wie keine andere Verwaltung im Lande.

Demgegenüber kommt Abg. Dr. Garg zu dem Schluss, dass sich die Prüfungssituation in den letzten zehn Jahren nicht wesentlich verändert habe. Gemeinsam mit Abg. Spoorendonk problematisiert er die von den angehörten Verbänden beklagte personelle Unterbesetzung und macht darauf aufmerksam, dass sich eine personelle Verstärkung der Einnahmeverwaltung für

den Landeshaushalt in nicht unerheblichem Maße rentiere. Außerdem habe die öffentliche Hand einen gesellschaftspolitischen Ausbildungsauftrag.

Der Vorsitzende bittet das Finanzministerium, den Finanzausschuss rechtzeitig über die Fortschreibung des Konzepts zur Personalplanung der Finanzverwaltung zu unterrichten.

St Dr. Wulff führt aus, man bilde bedarfsgerecht aus und fahre die Ausbildungsplatzzahlen nicht zuletzt wegen der Arbeitszeitverlängerung für Beamte ein Stück herunter. Im Zuge der Umsetzung des Personalkosteneinsparkonzepts der Landesregierung würden frei werdende Arbeitskräfte möglicherweise in den Bereich der Finanzverwaltung transferiert. Auch vor diesem Hintergrund sei eine Erhöhung der Ausbildungszahlen, sogar noch verbunden mit der Forderung nach Übernahme aller erfolgreichen Absolventen, mit dem von der Landesregierung konsequent verfolgten Weg der Haushaltskonsolidierung nicht vereinbar. Er vereinbart mit dem Finanzausschuss, dem Ausschuss im März 2007 die Systemumstellung zu EOSS einmal vorzuführen.

Nach Etablierung des EOSS-Systems werde eine neue Personalbedarfsberechnung am 1. Januar 2008 durchgeführt. Ihm lägen keine Überlastanzeigen der Finanzämter vor. Er habe nicht den Eindruck, dass die Finanzämter ihre Arbeit nicht bewältigten, weil sie zu wenig Personal hätten; vielmehr sei die Kompliziertheit des Steuerrechts das größte Problem. Unter Hinweis auf die Kleine Anfrage von Abg. Hentschel Drucksache 16/988 macht er darauf aufmerksam, dass die Steuerverwaltung mit gegenwärtig 4.595 Beschäftigten über den höchsten Personalbestand seit 1997 verfüge. Nachdem in den letzten Jahren insgesamt eine personelle Verstärkung festzustellen sei, müsse die Finanzverwaltung jetzt allerdings im Rahmen von Automatisierungsprozessen entsprechend den Haushaltsvorgaben zukunftsfähig gestaltet werden. In diesem Jahr habe man im mittleren Dienst alle erfolgreichen Absolventen übernehmen können, im gehobenen Dienst alle bis auf drei.

Der Vorsitzende erinnert an das einstimmige Votum des Finanzausschusses infolge der Bemerkungen des Landesrechnungshofs im Jahr 2001, den Personalfehlbedarf in der Steuerverwaltung abzubauen, und beklagt insbesondere die Stellenentwicklung bei der Bekämpfung des Umsatzsteuerbetruges.

Zur Berechnung der Übernahmequoten teilt AL Scholze mit, bis zum Jahr 2017 rechne man im gehobenen Dienst mit 340 Abgängen, im mittleren Dienst mit 630 Abgängen. Eine Tendenz zum gehobenen Dienst habe man in der Übernahmequote berücksichtigt. Anfang 2007 werde man die Nachwuchskräfte konkret darüber informieren, wie viele von ihnen man übernehmen könne. Die Nachwuchskräfte wüssten, dass im Gegensatz zu den Vorjahren aus Haushaltsgründen nicht mehr alle von ihnen übernommen werden könnten.

AL Carlsen macht darauf aufmerksam, dass Schleswig-Holstein im Jahr 2005 hinsichtlich der Dauer der Prüfzeiträume besser als der Bundesdurchschnitt liege.

Der Ausschuss nimmt die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der FDP-Fraktion abschließend zur Kenntnis.

Auf Antrag von Abg. Heinold kommt der Finanzausschuss überein, das Thema „Umfang der Ausbildung im öffentlichen Dienst“ Anfang 2007 vertiefend zu erörtern.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Antrag der Landesregierung auf Erteilung der Einwilligung in eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung im Haushaltsjahr 2006 zum vorzeitigen Baubeginn des Neubaus einer Regional-Leitstelle einschließlich einer Lehrleitstelle auf dem Grundstück der Landesfeuerweherschule in Harrislee

Vorlage des Innenministeriums
Umdruck 16/1384

Einstimmig und ohne Aussprache willigt der Finanzausschuss auf Antrag der Landesregierung in eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung zum Bau der Regional-Leitstelle Nord, Umdruck 16/1384, ein.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

Umdruck 16/1377 - Nachfragen zum Haushalt

Umdruck 16/1378 - Diagnostikabank für Maul- und Klauenseuche

Umdruck 16/1379 - Milchabgabenverordnung

Umdrucke 16/1385 und 16/1404 - Förderung des Vereins Nordfriesisches Institut

Der Ausschuss nimmt die vorstehenden Vorlagen zur Kenntnis.

Zu Umdruck 16/1377 - Nachfragen zu **Einzelplan 06** - bittet der Finanzausschuss auf Antrag von Abg. Heinold das Wissenschaftsministerium, dem Finanzausschuss die Höhe der Kosten des Folgegutachtens zum UK S-H mitzuteilen.

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, schließt die Sitzung um 12:45 Uhr.

gez. Günter Neugebauer

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer